

 **Bank Austria**

Member of  **UniCredit**



**Rückblick und
Ausblick 2020**

2019

Österreich im Fokus

UNICREDIT
BANK AUSTRIA
ECONOMICS &
MARKET ANALYSIS
AUSTRIA

Internationales Umfeld

	Prognose			
	2017	2018	2019	2020
<i>(BIP, Vrdg. in %)</i>				
Eurozone	2,4	1,9	1,0	1,0
Deutschland	2,2	1,4	0,6	1,1
Frankreich	2,3	1,7	1,3	0,9
Italien	1,7	0,7	0,0	0,4
Spanien	3,0	2,6	2,1	1,7
UK	1,8	1,4	1,3	0,9
USA	2,4	2,9	2,4	0,7
Japan	1,9	0,8	0,6	0,3
	2015	2016	2017	2018
<i>(Jahresdurchschnitt)</i>				
USD per Euro	1,11	1,11	1,13	1,18
CHF per Euro	1,07	1,09	1,11	1,15
GBP per Euro	0,73	0,82	0,88	0,88
JPY per Euro	134,3	120,3	126,7	130,4
Öl (USD/barrel)	53	45	55	72
10-jährige Bund (Ö)	0,75	0,37	0,56	0,69
3-Monats-Euribor	-0,02	-0,26	-0,33	-0,32

Quelle: UniCredit Research

Graben zwischen starker Inlandsnachfrage und globaler Schwäche vertieft sich

	2017	2018	Rev.1)	2019	Rev.1)	2020	Rev.1)
BIP-Wachstum (real in %)	2,6	2,7		1,4	↘	1,3	↘
Inflation (VPI in %)	2,1	2,0		1,7	↘	1,9	
Arbeitslosenquote (in %)	8,5	7,7		7,4	↗	7,4	↗

1) Revision seit dem letzten Bericht

■ Wirtschaftswachstum stieg 2018 auf 2,7% - Ausgewogenes Wachstum über Euroraum-Durchschnitt und auf Augenhöhe mit den USA

In Österreich hat sich seit dem Frühjahr 2018 das Wachstumstempo verlangsamt, erreichte mit 2,7% im Gesamtjahr 2018 dennoch den höchsten Anstieg seit der unmittelbar der Finanzkrise folgenden Erholung im Jahr 2011. Der noch schwungvolle globale Handel hat die österreichischen Exporte beflügelt. Zusammen mit der von einer weiterhin sehr kräftigen Investitionstätigkeit und der höchsten Konsumdynamik seit einem Jahrzehnt angetriebenen Binnenkonjunktur konnte somit erneut ein im europäischen Vergleich überdurchschnittlich hohes Wirtschaftswachstum erzielt werden.

■ Globale Einflüsse bremsen Österreichs Wirtschaft – Moderatere Wachstumsraten von knapp unter 1,5% 2019/20

Der geringere Schwung der Weltwirtschaft wird in der zweiten Jahreshälfte 2019 sowie im Jahr 2020 verantwortlich für die im Vergleich zu 2018 moderateren Wachstumsaussichten der österreichischen Wirtschaft sein. Die Exportdynamik wird trotz erster Anzeichen einer Stabilisierung im globalen Handel in der zweiten Jahreshälfte 2019 verhalten bleiben. Die Inlandsnachfrage, angetrieben vom privaten Konsum, wird jedoch für ein anhaltendes Wachstum von 1,4% im Jahr 2019 und 1,3% 2020 sorgen.

■ Gute Konjunktur reduzierte die Arbeitslosigkeit bis Mitte 2019 – Positives Momentum läuft aus

Nach dem Höhepunkt im Jahr 2015/16 mit durchschnittlich 9,1% ist die Arbeitslosenquote bis 2018 um immerhin fast 1,5 Prozentpunkte auf 7,7% im Jahresdurchschnitt gemäß nationaler Methode zurückgegangen. Nach Eurostat-Berechnung lag die Arbeitslosenquote 2018 in Österreich bei 4,9%. Für 2019 erwarten wir eine Arbeitslosenquote von 7,4% (nationale Methode) bzw. 4,7% (Eurostat). Die Konjunkturverlangsamung hat mittlerweile den Arbeitsmarkt erreicht. Im schwächeren Konjunkturmilieu ist 2020 keine Verbesserung der Arbeitslosenquote mehr zu erwarten.

■ Ölpreis dämpft die Inflation im ersten Halbjahr 2019 auf 1,7% – Inflation bleibt niedrig

Nach dem leichten Rückgang der Teuerung im Jahr 2018 auf 2,0% hat sich in der ersten Jahreshälfte 2019 die Inflation auf durchschnittlich nur noch 1,7% im Jahresvergleich verringert. Maßgeblichen Anteil daran hatte die Entwicklung der Energie- und der Nahrungsmittelpreise. Die Inflation wird weiterhin niedrig bleiben und daher 2019 mit 1,7% den Vorjahreswert unterschreiten.

■ Niedrige Inflationserwartungen – EZB vor neuer Lockerungsrunde

Die niedrigen Inflationserwartungen und die gestiegenen konjunkturellen Unsicherheiten in den vergangenen Wochen haben den geldpolitischen Ausblick für das zweite Halbjahr 2019 sowie 2020 verändert. Wir erwarten eine Senkung des Einlagenzinssatzes der EZB um 10 Basispunkte auf minus 0,5%. Zudem gehen wir davon aus, dass die EZB die Konditionen der für September angekündigten TLTROs verbessern wird. Auch die Wahrscheinlichkeit einer Wiederbelebung des Wertpapierkaufprogramms zu Beginn 2020 hat zugenommen.

Autor: Walter Pudschedl

 UniCredit Bank Austria AG
 Economics & Market Analysis Austria
 Rothschildplatz 1
 1020 Wien
 Telefon +43 (0)50505-41957
 Fax +43 (0)50505-41050
 E-Mail: econresearch.austria@unicreditgroup.at

Stand: August 2019

- **2018 brachte erstmals seit 1973 einen Budgetüberschuss – Unsicherheit durch Neuwahlen, doch Überschuss auch für 2019 und 2020 zu erwarten**
 Eine disziplinierte Ausgabenpolitik, unterstützt durch die niedrigen Zinsen und die gute Einnahmenentwicklung in einem günstigen Konjunkturmilieu, haben im Jahr 2018 erstmals seit 1973 einen Überschuss im gesamtstaatlichen Haushalt von 0,1% des BIP ermöglicht. Gestützt auf die starke Binnenkonjunktur haben sich im ersten Halbjahr 2019 die Einnahmen um durchschnittlich fast 3% im Jahresvergleich erhöht. Zudem steigen die Ausgaben vor allem dank des niedrigen Zinsumfelds sowie der erneut verbesserten Arbeitsmarktlage geringer als geplant. Wir gehen daher von einem Überschuss von 2 Mrd. Euro bzw. 0,5% des BIP für das Budget 2019 aus. Unter Berücksichtigung bereits vom Parlament beschlossener bzw. zu erwartender Maßnahmen und einer konjunkturell bedingt geringeren Einnahmendynamik erwarten wir für den gesamtstaatlichen Haushalt im Jahr 2020 nur noch einen Überschuss von 0,2% des BIP.
- **Weiterhin hohe Dynamik am Bankenmarkt – Konjunkturverlangsamung wird Kreditwachstum dämpfen, Niedrigzinsen belasten Einlagenentwicklung**
 Trotz der Konjunkturverlangsamung ist die Kreditnachfrage in Österreich im ersten Halbjahr 2019 um durchschnittlich mehr als 4% im Jahresvergleich gestiegen, wobei die Firmenkredite besonders stark zur Beschleunigung der Dynamik beitrugen. Trotz des Niedrigzinsumfelds stiegen auch die Einlagenvolumina in Österreich weiter kräftig an, vor allem von der Entwicklung der Tagesgelder getrieben. Die gute Binnenkonjunktur und das niedrige Zinsniveau werden auch weiterhin ein günstiges Geschäftsumfeld für Finanzierungen in Österreich bieten. Allerdings ist mit einer Verlangsamung des Kreditwachstums zu rechnen. Auf der Veranlagungsseite wird in der zweiten Jahreshälfte 2019 noch stärker als bisher das niedrige Zinsumfeld die Entwicklung bestimmen.

Konjunktur im Überblick

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	Prognose UCBA	
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
<i>(Reale Veränderung in %)</i>											
BIP	1,8	2,9	0,7	0,0	0,7	1,1	2,0	2,6	2,7	1,4	1,3
Privater Konsum	1,0	1,3	0,5	-0,1	0,3	0,4	1,4	1,4	1,6	1,5	1,3
Öff. Konsum	0,0	0,1	0,1	0,8	0,8	0,8	1,8	1,5	0,4	0,9	1,0
B. Investitionen *)	-2,6	6,6	0,9	1,6	-0,4	2,3	4,3	3,9	3,4	3,3	1,3
davon Ausrüstung	-3,0	9,8	-0,3	1,7	-1,4	3,9	10,6	4,6	3,6	3,3	1,0
davon Bau	-4,4	2,8	1,8	-1,6	0,3	0,1	0,4	3,5	2,8	2,7	1,9
Exporte i.w.S.	13,1	5,9	1,4	0,6	2,9	3,5	2,7	4,7	4,4	3,1	2,0
Importe i.w.S.	12,0	6,0	0,9	0,7	3,0	3,6	3,4	5,1	3,0	3,1	2,2
VPI (Veränderung z. Vorjahr)	1,9	3,3	2,4	2,0	1,7	0,9	0,9	2,1	2,0	1,7	1,9
HVPI (Veränderung z. Vorjahr)	1,7	3,6	2,6	2,1	1,5	0,8	1,0	2,2	2,1	1,7	1,7
Leistungsbilanz (Mrd. Euro) ***)	9,7	5,1	4,7	6,3	8,2	5,9	8,8	7,2	9,0	7,7	7,7
Leistungsbilanz (in % BIP) ***)	3,3	1,6	1,5	1,9	2,5	1,7	2,5	2,0	2,3	1,9	1,9
Beschäftigung (in Tausend) **)	3.260	3.323	3.370	3.392	3.416	3.449	3.502	3.573	3.661	3.720	3.749
Beschäftigung (Veränderung zum Vorjahr)	0,8	1,9	1,4	0,6	0,7	1,0	1,6	2,0	2,5	1,6	0,8
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	6,9	6,7	7,0	7,6	8,4	9,1	9,1	8,5	7,7	7,4	7,4
Arbeitslosenquote (Eurostat Definition)	4,8	4,6	4,9	5,3	5,6	5,7	6,0	5,5	4,9	4,7	4,7
Arbeitslose (Jahresdurchschnitt in Tausend)	251	247	261	287	319	354	357	340	312	303	305
Öffentlicher Saldo (in % des BIP)	-4,4	-2,6	-2,2	-2,0	-2,7	-1,0	-1,6	-0,8	0,1	0,5	0,2
Öffentliche Schuld (in % des BIP)	82,7	82,4	81,9	81,3	84,0	84,7	83,0	78,2	73,8	71,0	68,5
BIP nominell (Mrd. Euro)	296	310	319	324	333	344	356	370	386	398	411

*) Exkl. Vorratsänderungen **) ohne Karenzgelddbezieher, Präsenzdiener und Schulungen

Quelle: Statistik Austria, OenB, UniCredit Research

Wachstumsabschwächung durch geringere Auslandsunterstützung – Dynamik pendelt sich auf ruhigeres Niveau ein

- Mit einem BIP-Anstieg von 2,7% wurde 2018 der Konjunkturrückgang erreicht, doch nach dem starken Jahresbeginn setzte eine spürbare Verlangsamung der Wachstumsdynamik ein
- Die Verunsicherung durch politische Spannungen und schwelende Handelskonflikte belasten den globalen Handel
- Österreichs Exportwirtschaft verlor im ersten Halbjahr 2019 an Schwung, doch die anhaltend kräftige Inlandsnachfrage sorgte für ein Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 1,6%
- Getragen von der Inlandsnachfrage wird sich das Wirtschaftswachstum in der zweiten Jahreshälfte 2019 auf moderatem Niveau stabilisieren. Wir erwarten einen Anstieg des BIP im Gesamtjahr 2019 von 1,4%
- Im Jahr 2020 ist in Österreich in einem schwierigen globalen Umfeld mit dem Risiko einer US-Rezession ein Wachstum von 1,3% zu erwarten
- Im Fokus: Globalisierung vor dem Ende?

Österreich 2018 wieder mit höherer Dynamik als der Euroraum und auf Augenhöhe mit US-Wirtschaft

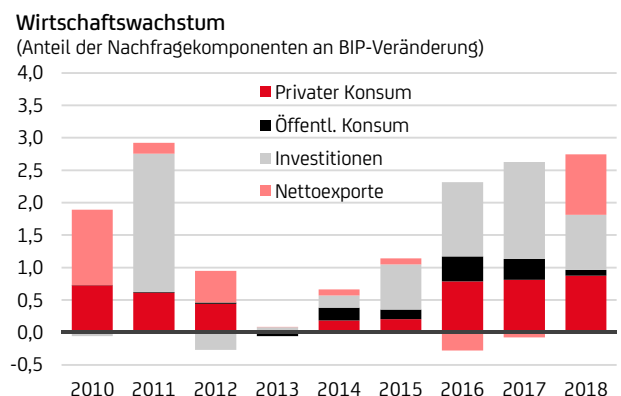
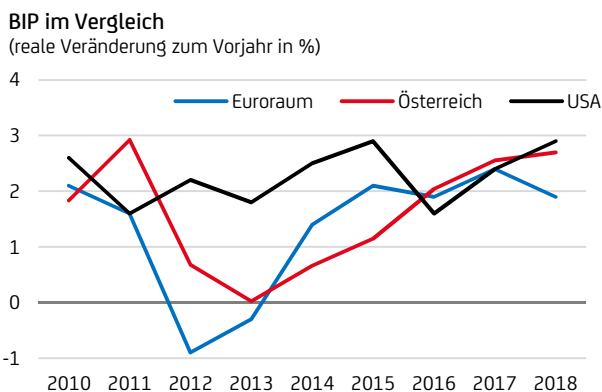
2018 brachte mit 2,7% das stärkste Wachstum der österreichischen Wirtschaft seit sieben Jahren

Im Jahr 2018 überschritt die Weltwirtschaft bei einem Anstieg der Wirtschaftsleistung um 3,6 % den Höhepunkt des laufenden Konjunkturzyklus. Der global weitgehend synchrone Aufschwung kam nach und nach außer Tritt, die geographische Ausgewogenheit der Wachstumsmuster ging im Jahresverlauf immer mehr verloren. Während in den USA, gestützt auf starke fiskalische Impulse, die Konjunktur mit einem Anstieg des BIP um 2,9% boomte und sich auch in der Eurozone die Erholung – allerdings mit spürbar moderaterem Wachstumstempo von 1,9% - fortsetzte, ging in vielen Schwellenländern der Schwung nach dem Jahresbeginn langsam verloren und einige waren mit starken konjunkturellen Einbrüchen konfrontiert. Neben der zyklisch bedingten Verlangsamung des Wachstumstempos wuchsen durch politische Unsicherheiten, den zunehmenden Wirtschaftsprotektionismus und die graduelle Verschärfung der Geldpolitik in den USA die Herausforderungen.

Drehung der Nettoexporte aufgrund geringeren Importbedarfs und starke Inlandsnachfrage trugen BIP-Anstieg 2018

In der Folge hat sich auch in Österreich seit dem Frühjahr 2018 das Wachstumstempo verlangsamt, erreichte mit 2,7% im Gesamtjahr 2018 dennoch den höchsten Anstieg seit der unmittelbar der Finanzkrise folgenden Erholung im Jahr 2011. Der noch schwungvolle globale Handel hat die österreichischen Exporte beflügelt. Zusammen mit der von einer weiterhin sehr kräftigen Investitionstätigkeit und der höchsten Konsumdynamik seit einem Jahrzehnt angetriebenen Binnenkonjunktur konnte somit erneut ein im europäischen Vergleich überdurchschnittlich hohes Wirtschaftswachstum erzielt werden.

DYNAMISCHES UND AUSGEWOGENES WACHSTUM DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT VON 2,7% IM JAHR 2018



Quelle: Statistik Austria, Eurostat, UniCredit Research

Inlandsnachfrage weiter stark: Verbesserung am Arbeitsmarkt stützt Konsum

Die Inlandsnachfrage hat 2018 die Erholung der österreichischen Wirtschaft abermals **entscheidend geprägt**. Das dritte Jahr in Folge beflügelte vor allem der private Konsum, der rund 50% des BIP ausmacht, die Wirtschaftsdynamik. **Das Wachstum des privaten Konsums steigerte sich im Jahr 2018 auf 1,6%, den höchsten Wert seit mehr als einem Jahrzehnt**, obwohl der Einzelhandel, der für rund ein Drittel des privaten Konsums steht, nur um 0,3% real expandierte. Die Stärke des privaten Konsums war 2018 vor allem der positiven Entwicklung am heimischen Arbeitsmarkt zu verdanken. Die Beschäftigung stieg im Jahresdurchschnitt um 2,5% bzw. mehr als 85.000 Personen. Die erhöhte Nachfrage nach Arbeitskräften führte zu einer Beschleunigung der Lohndynamik, die sich etwa bei den Tariflöhnen in einem durchschnittlichen Anstieg um 2,6% im Jahresvergleich niederschlug (2017: +1,5%). Damit ergab sich angesichts einer leicht gesunkenen Teuerungsrate von 2% im Jahresdurchschnitt ein zumindest geringfügiger Reallohnanstieg. Weitere Unterstützung erhielt der private Konsum durch moderate fiskalische Impulse, etwa durch die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Geringverdiener zur Jahresmitte 2018.

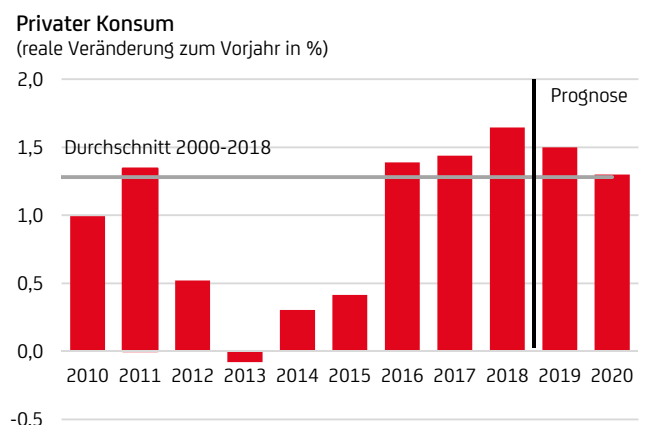
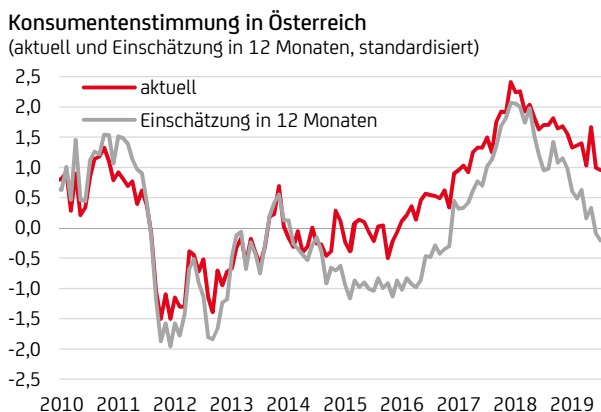
Mit der Einführung des Familienbonus Plus - eines Steuerabsetzbetrags von 1.500 Euro pro Kind und Jahr - erhielt der private Konsum zu Beginn des Jahres 2019 erneut kräftigende fiskalische Impulse. Darüber hinaus hat auch die weiterhin günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt für eine hohe Dynamik des privaten Konsums gesorgt. Im ersten Halbjahr stieg die Beschäftigung im Durchschnitt um 2% im Jahresvergleich. Das entspricht rund 70.000 zusätzlichen Beschäftigten im Vergleich zum Jahr davor. Dadurch nahm auch die Lohndynamik erneut zu, sogar stärker als 2018. Im Durchschnitt der ersten sechs Monate des Jahres 2019 erhöhten sich die Tariflöhne um 3% im Jahresvergleich. Die etwas gesunkene Teuerung von durchschnittlich 1,7% trug zu einem stärker zunehmenden Reallohnanstieg bei. Nach einem eher zurückhaltenderen Jahresstart sorgten die günstigen Rahmenbedingungen wieder für einen schwungvollen Konsum. **Im ersten Halbjahr 2019 wuchs der private Konsum um real 1,3% im Jahresvergleich.**

Wenn sich auch die Lage am Arbeitsmarkt in den kommenden Monaten nicht mehr so günstig entwickeln dürfte wie bisher, werden sich die fiskalischen Impulse und die höhere Lohndynamik weiterhin positiv auf den Konsum in Österreich auswirken. Die Konsumenten sind zu Beginn der zweiten Jahreshälfte 2019 zudem - trotz leichter Rückgänge - in überdurchschnittlich guter Kauflaune. **Im Gesamtjahr 2019 gehen wir von einem Anstieg des privaten Konsums um rund 1,5% real im Jahresvergleich aus.** Die nachlassende Verbesserung am Arbeitsmarkt und eine geringere Lohndynamik werden das Wachstum des privaten Konsums im Jahr 2020 dämpfen, zumal die aktuellen Umfragen bereits eine Abschwächung der Konsumstimmung anzeigen. Allerdings wird die voraussichtlich erneute Unterstützung durch die Fiskalpolitik durch die zu erwartende Absenkung der Krankenkassenbeiträge für Geringverdiener die Wachstumseinbußen auf ein Plus von 1,3% begrenzen.

Privater Konsum war 2018 die wichtigste Stütze des starken Wirtschaftswachstums

Konsumwachstum verliert vorerst kaum an Schwung

KONSUM VERLIERT AN SCHWUNG, ZUMAL DER OPTIMISMUS DER KONSUMENTEN LANGSAM NACHLÄSST



Quelle: Statistik Austria, Eurostat, UniCredit Research

Investitionsdynamik verliert nur langsam an Tempo

Die gute Entwicklung der Inlandsnachfrage in Österreich wurde 2018 erneut durch eine hohe Investitionstätigkeit der heimischen Unternehmen und des öffentlichen Sektors komplettiert. Die Bruttoanlageinvestitionen legten im Jahresdurchschnitt 2018 um 3,4% real zu, etwas vermindert gegenüber dem Jahr davor. Die Verlangsamung des Investitionswachstums zeigte sich sowohl bei den Ausrüstungs- als auch den Bauinvestitionen. Die Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen verringerte sich auf 3,6% im Jahresvergleich. Dabei war der Rückgang ausschließlich der schwachen Entwicklung der Investitionen in Fahrzeuge geschuldet, die nach zwei Jahren mit zweistelligen Zuwächsen nur noch stagnierten. Der Anstieg der Bauinvestitionen reduzierte sich auf ein Plus von 2,8% im Jahresvergleich nach noch 3,5% im Jahr davor, da der Boom bei den Wohnbauten spürbar nachließ. Dagegen entwickelten sich die Bauinvestitionen im Unternehmensbereich und auch die Infrastrukturmaßnahmen des öffentlichen Sektors 2018 anhaltend gut.

Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen 2018 um 3,4%

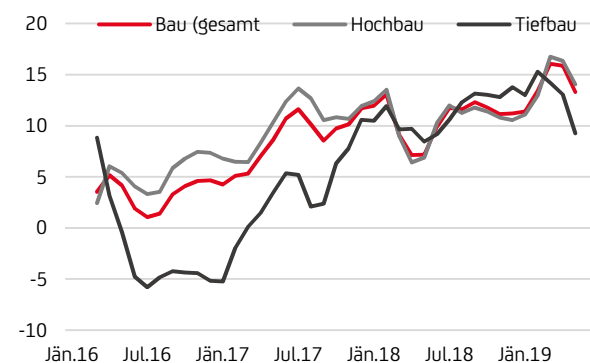
Im ersten Halbjahr 2019 fiel die Investitionstätigkeit mit einem Plus von durchschnittlich 3,7% im Jahresvergleich sogar geringfügig kräftiger aus als im Gesamtjahr 2018. Zum einen erhöhte sich der Anstieg der Bauinvestitionen wieder, insbesondere in den Wohnbau. Zum anderen beschleunigte sich vor allem zu Jahresbeginn auch das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen, da sich die Fahrzeuginvestitionen wieder etwas erholten. Trotz der leichten Beschleunigung der Investitionsdynamik im ersten Halbjahr erwarten wir weiterhin für das Gesamtjahr 2019 eine leichte Verlangsamung des Wachstums der Bruttoanlageinvestitionen auf etwa 3% im Jahresvergleich. Die Rahmenbedingungen für Investitionen sind grundsätzlich weiterhin sehr günstig und lassen vorerst noch viel Schwung erwarten. Die niedrigen Zinsen werden voraussichtlich noch länger bestehen und ermöglichen eine günstige Drittfinanzierung der heimischen Unternehmen. Zudem hat die gute Konjunktur der vergangenen Jahre die Gewinnsituation der Unternehmen positiv beeinflusst, was die Möglichkeiten der Innenfinanzierung deutlich verbessert. Auch die Gebietskörperschaften profitierten von der guten Konjunktur durch höhere Einnahmen, die mehr Spielräume für notwendige Infrastrukturinvestitionen schaffen. Die weiterhin wachsende Bevölkerung und der anhaltende Trend zur thermischen Sanierung werden die positive Entwicklung im Wohnbau weiterhin unterstützen. Allerdings kündigt sich das Ende des Baubooms mittlerweile an. Die Baubewilligungen im Wohnbau sind rückläufig und die Unternehmen reduzieren angesichts der Abflachung der Konjunktur ihre Erweiterungsanstrengungen. Die Investitionsabsichten der heimischen Unternehmen sind laut jüngsten Umfragen auf ein Zweijahrestief gesunken. Dies betrifft nicht nur die Bautätigkeit, sondern auch die Ausrüstungsinvestitionen, die in den kommenden Monaten noch stärker auf die Abschwächung des globalen Handels und der rückläufigen Exportnachfrage reagieren werden. Wir gehen daher für 2020 von einer weiteren Abschwächung der Investitionsdynamik auf nur noch rund 1,5% im Jahresvergleich aus.

Wachstumsverlangsamung der Investitionen in Österreich in Sicht

ABSCHWELLEN DES BAUBOOMS UND GLOBALE KONJUNKTURABSCHWÄCHUNG VERLANGSAMEN INVESTITIONSDYNAMIK

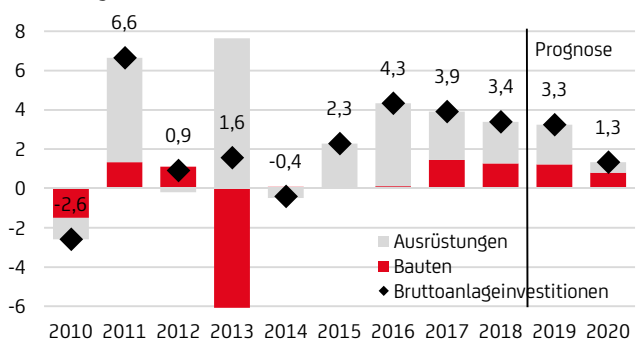
Umsatzindex Bauwesen

(Vrd. zum Vorjahr in %, 3-Monatsdurchschnitt)



Bruttoanlageinvestitionen

(reale Vrdg. zum Vorjahr in % mit Beiträgen von Ausrüstungen und Bauten)



Quelle: Statistik Austria, Refinitiv Datastream, UniCredit Research

Trotz Gegenwind durch die internationale Politik erhöhte Österreichs Exportwirtschaft 2018 das Ausfuhrvolumen erstmals auf über 150 Mrd. Euro

Politische Unsicherheiten und Handelskonflikte dämpften Aussichten für globalen Handel im zweiten Halbjahr 2019

Durch Entwicklungen im Warenverkehr geringerer Leistungsbilanzüberschuss 2019 erwartet

Österreichs Außenhandel spürt globale Abschwächung

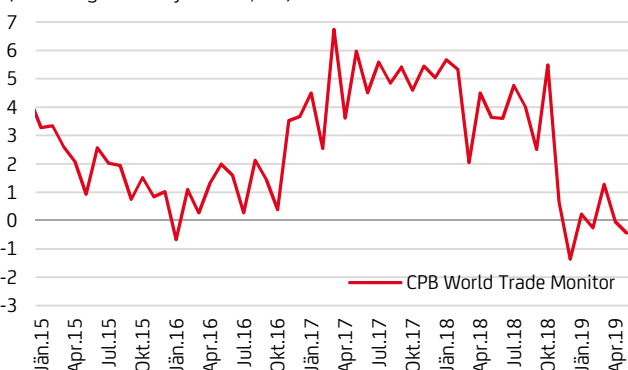
Die protektionistische Handelspolitik und zunehmende politische Unsicherheiten wirkten sich im Jahr 2018 auf die Dynamik des globalen Handels dämpfend aus. Nach einem realen Anstieg um fast 4% im Jahr 2017 verlangsamte sich die Expansion der weltweiten Nachfrage 2018 auf 3,6% im Jahresvergleich. Die ungünstigeren Rahmenbedingungen belasteten auch die österreichische Exportwirtschaft, die sich jedoch mit einem Anstieg der Warenausfuhren um nominell durchschnittlich 5,7% gut behaupten konnte. Erstmals wurden Waren im Gesamtwert von mehr als 150 Mrd. Euro in einem Jahr exportiert. Die Importdynamik war bedingt durch die starke Inlandsnachfrage mit 5,5% nur geringfügig niedriger.

Im ersten Halbjahr 2019 hat sich die andauernde Abschwächung des globalen Handels weiter fortgesetzt und auch die Exportdynamik in Österreich erneut verringert. Die Warenausfuhren stiegen nur noch um rund 4% im Jahresvergleich. Die unterschiedlichen globalen Trends widerspiegeln sich in der Entwicklung der österreichischen Exporte in die einzelnen Länder deutlich. Das Ausfuhrwachstum nach Asien und in die USA sowie Lateinamerika verlangsamte sich spürbar. Dagegen nahmen die Exporte nach Afrika und innerhalb der Europäischen Union überdurchschnittlich stark zu. Während die Ausfuhren in die wichtigen Nachbarländer Deutschland und Italien, bedingt durch die schwache wirtschaftlichen Entwicklung in diesen beiden Ländern, nur verhalten zunahm, war die österreichische Exportwirtschaft in den ost- und südeuropäischen EU-Partnerländern besonders erfolgreich. Aufgrund des starken Konsums und der weiterhin kräftigen Investitionstätigkeit war im ersten Halbjahr 2019 die Importnachfrage unverändert hoch, so dass sich die Lücke im Warenverkehr in der ersten Jahreshälfte 2019 etwas erhöhte.

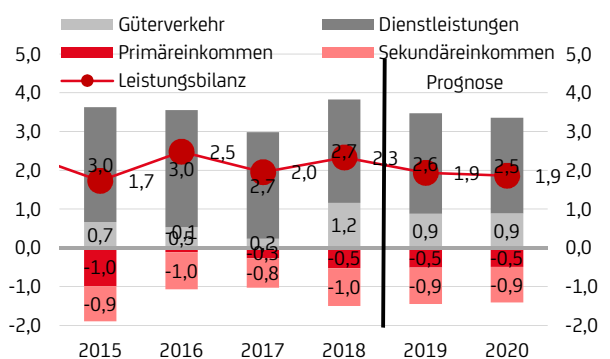
Der UniCredit Global Leading Indicator, der die unmittelbaren Aussichten für den globalen Handel auf Basis einer Vielzahl unterschiedlicher Indikatoren in einer Zahl komprimiert, zeigt zur Jahresmitte etwas nach oben, was eine leichte Erholung des globalen Handels in Aussicht stellt. Allerdings haben mit der Verschärfung des Handelskonflikts zwischen den USA und China und der unverändert bestehenden Möglichkeit, dass die USA Importzölle auf EU-Autoeinfuhren spürbar erhöhen könnten, die Risiken deutlich zugenommen. Wir gehen daher von einer weiteren Verringerung der Exportdynamik in Österreich in den kommenden Monaten aus und erwarten mit dem sinkenden Investitionsbedarf auch eine Verlangsamung der Importdynamik. Allerdings wird sich das Defizit im Warenhandel laut Außenhandelsstatistik erhöhen. Nach Überleitung in die Zahlungsbilanz (Adaption Veredelungsverkehr, Häfen, etc.) wird sich dies voraussichtlich als ein gegenüber 2018 verringerter Überschuss im Güterverkehr darstellen. Auch der Überschuss in der Dienstleistungsbilanz dürfte sich 2019 leicht reduzieren. Mit den seit einigen Jahren traditionell negativen Einkommensbilanzen wird der Leistungsbilanzsaldo 2019 voraussichtlich ein im Vergleich zu 2018 geringeres Plus von 1,9% des BIP erreichen.

BELASTUNGEN IM AUSSENHANDEL LASSEN LEISTUNGSBILANZÜBERSCHUSS IN ÖSTERREICH SINKEN

Entwicklung des globalen Handels
(reale Vrdg. zum Vorjahr in %, s.b.)



Leistungsbilanzsaldo
(in % des BIP)



Quelle: CPB, OeNB, UniCredit Research

Globale Konjunkturabschwächung bremst Wachstum in Österreich

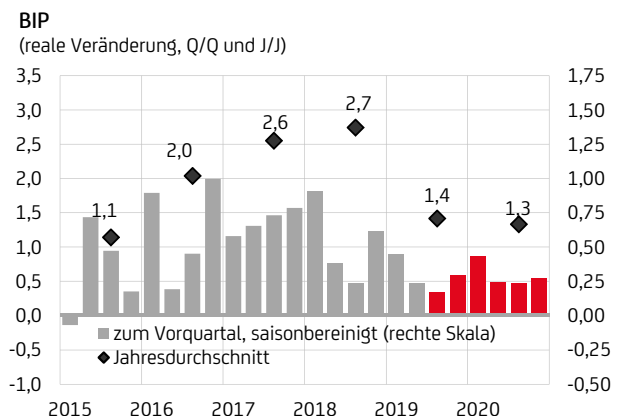
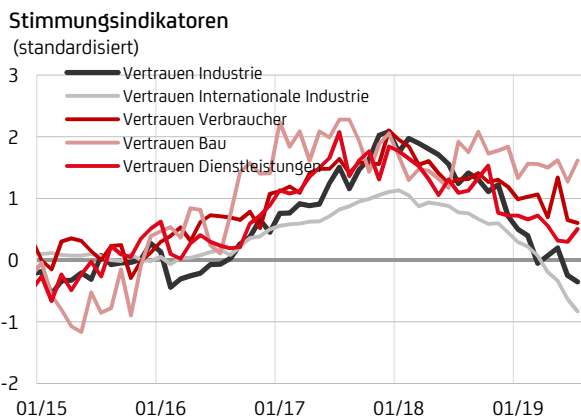
Zur Jahresmitte 2019 hat sich die Eintrübung der Konjunkturstimmung in Österreich weiter fortgesetzt. Der UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator lag im Juli bei 1,6 Punkten, dem niedrigsten Wert seit März 2016 und unter dem langjährigen Durchschnitt. Damit steht die Konjunkturampel in Österreich erstmals seit drei Jahren nicht mehr uneingeschränkt auf Grün. Verantwortlich dafür sind die erhöhten politischen Unsicherheiten und schwelende Handelskonflikte, die zur Jahresmitte das globale Wirtschaftsumfeld verschlechtert haben. Der auf Basis der österreichischen Außenhandelsanteile ermittelte Exportstimmungsindikator ist mittlerweile auf den niedrigsten Wert seit dem Herbst 2009 zurückgegangen. Die globalen Konjunktursorgen haben durch den eskalierenden Handelsstreit zwischen den USA und China und durch steigende politische Unsicherheiten im Nahen Osten zugenommen. Zudem ist auch die Verhängung von zusätzlichen US-Importzöllen auf Autos aus der Europäischen Union nicht vom Tisch. Die exportorientierte heimische Industrie ist unter diesen Bedingungen unter Druck geraten und das Neugeschäft nimmt ab. Das zweijährige Stimmungshoch in der österreichischen Industrie ist vorüber und der langjährige Durchschnitt wird mittlerweile unterschritten. Je länger die heimische Industrie unter den globalen Unsicherheiten leidet, umso höher ist das Risiko, dass die Schwäche auch auf andere Bereiche der Wirtschaft übergreift. Noch zeigt sich der Bau- sowie der Dienstleistungssektor gestützt auf die gute Stimmung der Konsumenten aber widerstandsfähig. Am Bau ist die Stimmung aufgrund voller Auftragsbücher weiterhin gut, allerdings ist der Höhepunkt auch hier mittlerweile überschritten. Auch die Konsumenten sind Mitte 2019 weiter sehr optimistisch. Die aktuellen Umfrageergebnisse zeigen jedoch eine zukünftige Eintrübung der Stimmung, da unter anderem die Sorgen um den Arbeitsplatz wieder zunehmen.

Die gestiegenen Konjunktursorgen weltweit belasten die Stimmung in der heimischen Wirtschaft immer stärker

Wachstum stabilisiert sich auf Höhe der ersten Jahreshälfte 2019

Der geringere Schwung der Weltwirtschaft wird auch in der zweiten Jahreshälfte 2019 sowie im Jahr 2020 verantwortlich für die im Vergleich zu 2018 moderateren Wachstumsaussichten der österreichischen Wirtschaft sein. Die Exportdynamik wird trotz erster Anzeichen einer Stabilisierung im globalen Handel in der zweiten Jahreshälfte 2019 verhalten bleiben. Das geringere Wachstum in einigen wichtigen Handelspartnerländern wird den Wachstumsbeitrag des Außenhandels, der 2018 noch rund ein Drittel betragen hat, spürbar senken. Dazu trägt auch der nur wenig verringerte Importbedarf bei, der von der soliden Inlandsnachfrage gestützt wird. Die österreichische Wirtschaft kann die besonders hohe Dynamik der vergangenen Jahre aufgrund der schwächeren globalen Konjunktur nicht mehr halten. Die Inlandsnachfrage, angetrieben vom privaten Konsum, wird jedoch für ein anhaltendes Wachstum von 1,4% im Jahr 2019 und 1,3% 2020 sorgen. Damit wird die österreichische Wirtschaft weiterhin etwas besser in Schwung sein als der Euroraum, für den wir einen Anstieg des BIP um jeweils 1% erwarten.

KONJUNKTURSTIMMUNG HAT HÖHEPUNKT ÜBERSCHRITTEN, WIRTSCHAFTSWACHSTUM VERLIERT AN SCHWUNG



Quelle: Statistik Austria, Eurostat, UniCredit Research

Die Bedeutung der Auslandsnachfrage für die Inlandsproduktion, gemessen an den Wertschöpfungsexporten, nimmt auch nach der Finanzkrise weiter zu

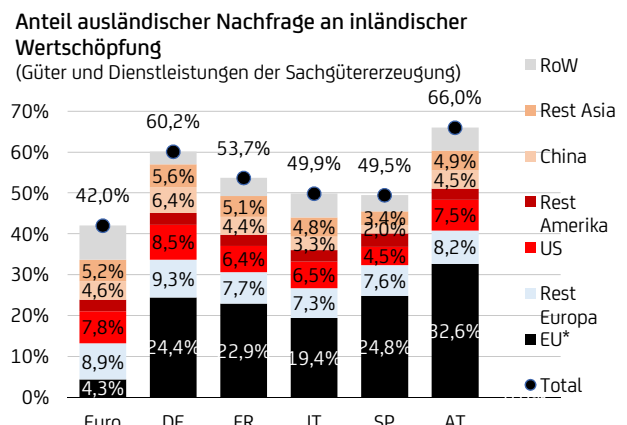
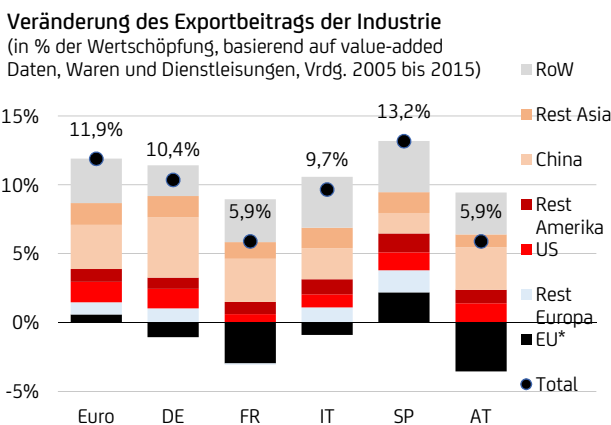
Globalisierung vor dem Ende?

Aufgrund der zunehmenden protektionistischen Tendenzen und der Abschwächung des globalen Handels in den vergangenen Monaten wird in der öffentlichen Diskussion bereits das Ende der Ära der Globalisierung heraufbeschworen. Tatsächlich ist der Welthandel seit der Finanzkrise kaum mehr schneller gewachsen als die Weltproduktion und seit 2011 ist die Dynamik des Außenhandels sogar hinter jener der Produktion zurückgeblieben. Folglich ist die Exportquote (nominelle Warenexporte im Verhältnis zum BIP) in vielen Ländern zurückgegangen oder hat bestenfalls stagniert, wie etwa in Österreich bei rund 38%.

Wenn man jedoch die Gesamtexporte hinsichtlich der darin enthaltenen inländischen bzw. ausländischen Wertschöpfung gesondert betrachtet, zeigt die von uns erstellte Analyse „Ist die Globalisierung tot?“ hingegen, dass die Bedeutung der Auslandsnachfrage nach der Finanzkrise weiter gestiegen ist. Der Anteil der Endnachfrage, der seinen Endverbraucher im Ausland findet, hat im Euroraum und auch in Österreich weiter zugenommen. Im Euroraum werden derzeit durchschnittlich mehr als 40% der inländischen Wertschöpfung der Verarbeitenden Industrie vom Nicht-Euroraum-Ausland nachgefragt. Das ist ein Anstieg innerhalb eines Jahrzehnts um fast 12 Prozentpunkte. Auch in Österreich ist der Anteil spürbar gestiegen, jedoch nur um knapp 6 Prozentpunkte. Allerdings werden in Österreich bereits zwei Drittel der inländischen Wertschöpfung der Industrie vom Ausland nachgefragt.

Zu diesem Anstieg hat vor allem die stark zunehmende Bedeutung von Kunden außerhalb des EU-Binnenmarktes beigetragen. Während für Österreichs und auch Deutschlands Industrie die relative Bedeutung des EU-Binnenmarktes sogar abgenommen hat, ist insbesondere die Auslandsnachfrage aus Asien und speziell China wichtiger geworden. Die gestiegene Bedeutung der Endnachfrage von außerhalb des EU-Binnenmarktes erklärt auch, warum der Euroraum und insbesondere Deutschland in jüngster Zeit so stark von der Verlangsamung des globalen Handels betroffen sind und warum der Euroraum auch anfällig für Störungen im Welthandel ist.

VORERST KEIN ENDE DER GLOBALISIERUNG TROTZ GEGENWIND DURCH PROTEKTIONISTISCHE TENDENZEN



*ausgenommen Herkunftsland und UK

Quelle: Statistik Austria, Eurostat, UniCredit Research

Arbeitsmarkt beginnt die Konjunkturverlangsamung zu spüren

- Starkes Beschäftigungswachstum senkte 2018 die Arbeitslosenquote auf 7,7% (nationale Methode) bzw. 4,8% (Eurostat)
- Weiterer Rückgang der Arbeitslosenquote im ersten Halbjahr 2019 auf 7,4% bzw. 4,7% (Eurostat)
- Verbesserungstrend im Jahresvergleich läuft in den kommenden Monaten aus
- Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2019 mit 7,4% erwartet. Keine weitere Verbesserung 2020
- Im Fokus: Gute Konjunktur reduzierte die Arbeitslosigkeit im ersten Halbjahr 2019, doch Nachteile vor allem für Frauen

Keine weitere Verbesserung der Arbeitslosenquote seit dem Jahresbeginn

Die Arbeitslosenquote beträgt im Juni 2019 7,4% (nationale Methode) bzw. 4,7% (Eurostat)

Das deutlich verlangsamte Beschäftigungswachstum ist mittlerweile zu schwach, um das weiter steigende Arbeitskräfteangebot am österreichischen Arbeitsmarkt unterzubringen

Die Anzahl der Arbeitslosen (saisonbereinigt) stagniert seit Jahresbeginn bei knapp über 300.000

Erste Wolken ziehen am blauen Himmel des österreichischen Arbeitsmarkts auf

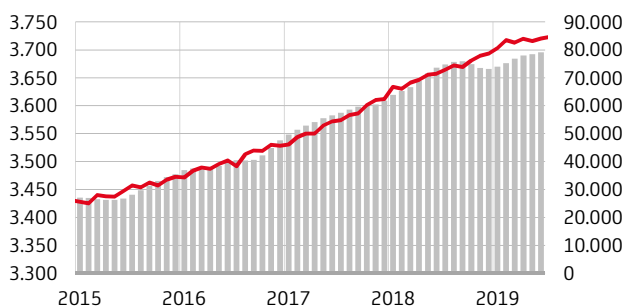
Der 2016 gut in die Gänge gekommene Konjunkturaufschwung hat nach einer Anlaufphase zu einer spürbaren Verbesserung der Lage am heimischen Arbeitsmarkt geführt. Nach dem Höhepunkt im Jahr 2015/16 mit durchschnittlich 9,1% ist die Arbeitslosenquote bis 2018 um immerhin fast 1,5 Prozentpunkte auf 7,7% im Jahresdurchschnitt gemäß nationaler Methode zurückgegangen. Nach Eurostat-Berechnung lag die Arbeitslosenquote 2018 in Österreich bei 4,9%. Damit liegt die Arbeitslosenquote trotz des Rückgangs in den vergangenen Jahren noch immer klar über dem Wert vor Ausbruch der Finanzkrise. Die dennoch relativ vorteilhafte Lage zeigt sich im europäischen Vergleich. Österreich weist eine deutlich unterhalb des EU- bzw. Eurozonen-Durchschnitts liegende Arbeitslosenquote aus (6,8% bzw. 8,2%) und innerhalb der Eurozone den viertniedrigsten Wert hinter Deutschland (3,4%), Malta (3,7%) und den Niederlanden (3,8%).

Im ersten Halbjahr 2019 zeigten sich jedoch infolge der Konjunkturverlangsamung die ersten Ermüdungserscheinungen des laufenden Verbesserungstrends am heimischen Arbeitsmarkt. Nach einem Anstieg von 2,5% im Gesamtjahr 2018 hat die Beschäftigung in den ersten sechs Monaten 2019 um knapp 2% im Jahresvergleich zugenommen, mit klar rückläufiger Tendenz. Rund 70.000 Personen waren im Durchschnitt gegenüber dem Vorjahr zusätzlich in Beschäftigung. 2018 betrug das Plus fast 90.000. Die Anzahl der Arbeitslosen sank im ersten Halbjahr 2019 um über 13.000 im Jahresabstand. Damit halbierte sich der Rückgang gegenüber dem Gesamtjahr 2018 auf knapp 4%. Die saisonbereinigten Werte zeigen, dass der Verbesserungstrend im Monatsverlauf 2019 mittlerweile sogar gestoppt hat. Seit dem Frühjahr ist die Arbeitslosenzahl sogar wieder leicht nach oben gegangen. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote, die zwischenzeitlich sogar bis auf 7,2% gesunken war, bewegt sich zur Mitte 2019 bei 7,4% (nationale Methode) bzw. 4,7% (Eurostat).

POSITIVES MOMENTUM AM ARBEITSMARKT LÄSST NACH: DIE ARBEITSLSENQUOTE STAGNIERT SEIT BEGINN 2019

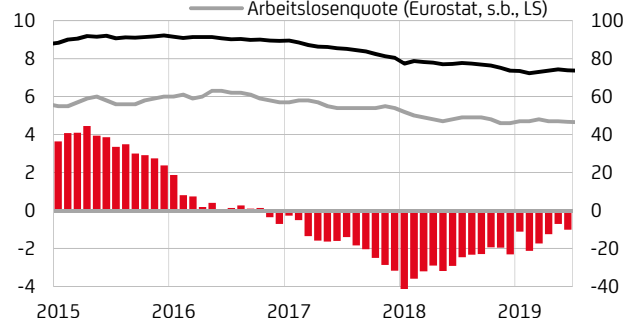
Beschäftigung und offene Stellen

■ Offene Stellen (absolut, saisonbereinigt, rechte Skala)
 ■ Beschäftigung (in tsd, saisonbereinigt)



Arbeitslose

■ Arbeitslose (Vdg. VJ in tsd. RS)
 ■ Arbeitslosenquote (nat. Meth. s.b., LS)
 ■ Arbeitslosenquote (Eurostat, s.b., LS)



Quelle: Statistik Austria, Eurostat, UniCredit Research

Arbeitslosenquote wird 2019 voraussichtlich auf 7,4% sinken

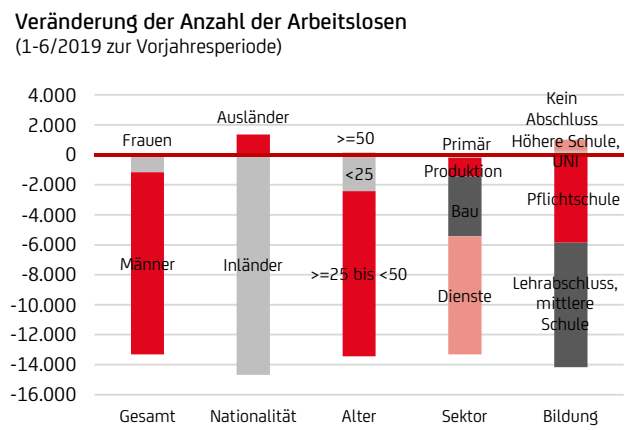
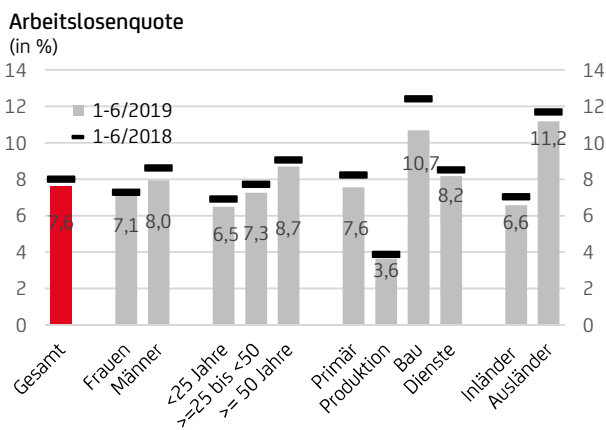
Keine weitere Verbesserung für 2020 erwartet

Rückgang der Arbeitslosigkeit läuft im Jahresverlauf 2019 aus

Die Konjunkturabschwächung hat zeitverzögert den österreichischen Arbeitsmarkt erreicht. In der zweiten Jahreshälfte 2019 wird sich der positive Beschäftigungstrend weiter verlangsamen. Im Jahresdurchschnitt 2019 ist mit einem im Vergleich zu 2018 deutlich geringeren Anstieg von 1,6% zu rechnen. Bereits seit einigen Monaten ist die Beschäftigungsdynamik zu schwach, um angesichts des anhaltenden Anstiegs des Arbeitskräfteangebots noch einen Rückgang der Arbeitslosigkeit zu ermöglichen. Da diese Trendumkehr einige Monate früher als von uns erwartet eingesetzt hat, haben wir unsere Prognose für die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2019 von 7,3% im Frühjahr auf mittlerweile 7,4% (nationale Methode) angehoben. Nach Eurostat-Methode gehen wir für 2019 von einer Arbeitslosenquote von durchschnittlich 4,7% aus.

Im voraussichtlich schwächeren Konjunkturmilieu 2020 ist keine Verbesserung der Arbeitslosenquote mehr zu erwarten. Das Beschäftigungswachstum wird sich weiter verlangsamen, sollte jedoch ausreichen, um die Arbeitslosigkeit weitgehend stabil zu halten. Wir erwarten auch für 2020 eine Arbeitslosenquote von 7,4%, wobei wir dabei abhängig von der Entwicklung des Arbeitskräfteangebots getrieben vom Zuzug aus anderen Ländern der EU ein eher nach oben gerichtetes Prognoserisiko sehen.

RÜCKGANG DER ARBEITSLOSIGKEIT VON MÄNNERN, INLÄNDERN UND VERHÄLTNISSÄSSIG STARK AM BAU



Quelle: Statistik Austria, Eurostat, UniCredit Research

Gute Konjunktur reduzierte die Arbeitslosigkeit, doch Nachteile vor allem für Frauen

Im ersten Halbjahr 2019 ging die Arbeitslosenquote in Österreich gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 0,4 Prozentpunkte auf durchschnittlich 7,6% zurück. Dahinter steht im selben Zeitraum ein Anstieg der Beschäftigung um 1,9% bzw. 69.000 Personen. Die Anzahl der Arbeitslosen verringerte sich bedingt durch den erneut starken Anstieg des Arbeitskräftepotenzials deutlich weniger, aber immerhin um rund 13.300. Dieser Rückgang verteilte sich in vielerlei Hinsicht sehr ungleich auf die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Dabei stehen vier Trends besonders heraus.

Erstens profitierten Männer mit Abstand stärker als Frauen. Die Anzahl arbeitsloser Frauen hat sich im ersten Halbjahr 2019 um nur 1.100 verringert. Das entspricht einem Anteil am Gesamtrückgang von nicht einmal 10%, obwohl fast 45% der Arbeitslosen Frauen sind.

Zweitens profitierten Inländer, Ausländer hingegen nicht. Während sich die Anzahl der Arbeitslosen mit österreichischer Staatsbürgerschaft um mehr als 14.500 reduziert hat, nahm die Anzahl ausländischer Arbeitsloser sogar um über 1.300 im Jahresvergleich zu. Das ist eine Folge der deutlich gestiegenen Anzahl ausländischer Frauen auf Arbeitssuche (+2.200 zum Vorjahr).

Drittens profitierten Jüngere stärker als Ältere. Die Anzahl jugendlicher Arbeitsloser ist relativ gesehen am stärksten zurückgegangen. In der Altersgruppe der über 50-Jährigen ist dagegen die Anzahl der Arbeitslosen sogar leicht gestiegen. Die Zunahme (+133 Personen) ist ausschließlich eine Folge des Anstiegs weiblicher Arbeitsloser über 50 um fast 2.000 gegenüber der ersten Jahreshälfte 2018.

Viertens schützte auch höhere Qualifikation im ersten Halbjahr 2019 nicht gänzlich vor Arbeitslosigkeit. Unter Akademikern ist die Arbeitslosigkeit entgegen dem allgemeinen Trend sogar gestiegen, davon betroffen sind jedoch nur Ausländer. Die Anzahl inländischer arbeitsloser Akademiker ist im ersten Halbjahr um 1.200 gesunken, dabei deutlich stärker bei Männern als bei Frauen. Die Anzahl ausländischer Akademiker ist dagegen um fast 2.000 gestiegen, sowohl bei Männern als auch -noch stärker- bei Frauen. Zudem nahm auch die Arbeitslosigkeit von Frauen mit einem Abschluss einer höheren Schule zu. Bei näherer Aufschlüsselung stellen sich die Schwierigkeiten von Personen mit höherer Ausbildung am Arbeitsmarkt als Problem von Asylberechtigten dar, denn der Anstieg der Arbeitslosigkeit von gut ausgebildeten Personen konzentriert sich vor allem auf syrische, irakische, iranische und afghanische Staatsangehörige, wobei Frauen erneut deutlich stärker betroffen sind. Am Arbeitsmarkt gefragt waren dagegen Personen mit einem Lehrabschluss oder zumindest Pflichtschulabschluss, wobei sich in dieser Ausbildungskategorie die Anzahl der Arbeitslosen überproportional stark verringert hat, auch jene der Frauen. Zudem kommen auch weniger gut qualifizierte Asylberechtigte leichter am Arbeitsmarkt unter.

Die unterschiedlichen Trends zusammengefasst, ist die klar ungünstigere Arbeitsmarktentwicklung im ersten Halbjahr 2019 für Frauen auffällig, die stark auf unterschiedliche Trends in den einzelnen Wirtschaftsbranchen zurückzuführen ist. Durch den Boom am Bau war fast ein Drittel des gesamten Rückgangs an Arbeitssuchenden auf diesen Sektor zurückzuführen, in dem nur 7% der Beschäftigten tätig sind und traditionell nur wenige Frauen. Dagegen verlief der Abbau der Arbeitslosigkeit in jenen Bereichen, in denen Frauen häufig vertreten sind, wie etwa im Handel oder in der Gastronomie, nur unterdurchschnittlich stark. Darüber hinaus kam es in stark von Frauen besetzten Berufsgruppen, unter anderem bei Lehrern und Erziehern mit einem Frauenanteil von 80% sogar zu einem Anstieg.

Inflation in Österreich unter 2% im Jahresvergleich 2019/20 erwartet

- Nach 2,0% 2018 verlangsamte sich die Inflation im ersten Halbjahr 2019 auf 1,7%
- Ölpreisentwicklung dämpfte die Teuerung
- Moderater Ölpreis entlastet die Inflation 2019 auf 1,7% und 2020 auf 1,9% bei überschaubarem nachfragebedingten Preisauftrieb
- Geringe Inflationsaussichten und Konjunktursorgen lassen geldpolitische Lockerung der EZB erwarten
- Im Fokus: Der EZB-Leitzins zwischen „Optimum“ und Wirklichkeit

Teuerung sank im ersten Halbjahr 2019 auf 1,7%

Wohnen und Bewirtungsdienstleistungen treiben die Inflation an

Inflation wird 2019/20 mit Unterstützung des Ölpreises unter 2% im Jahresvergleich liegen

Öl- und Nahrungsmittelpreise dämpften im ersten Halbjahr 2019 die Teuerung

Nach dem leichten Rückgang der Teuerung im Jahr 2018 auf 2,0% hat sich in der ersten Jahreshälfte 2019 die Inflation auf durchschnittlich nur noch 1,7% im Jahresvergleich verringert. Maßgeblichen Anteil daran hatte die Entwicklung der Energie- und der Nahrungsmittelpreise. Bei Nahrungsmitteln war der Inflationsauftrieb vor allem durch rückläufige Preise für Milchprodukte sowie für Obst geringer als im Vorjahr. Bei den Energiepreisen kam es zu einer dämpfenden Wirkung auf die Inflation, obwohl sich die Preise für Rohöl gemessen in Euro in den ersten sechs Monaten gegenüber dem Vorjahr nicht veränderten. Allerdings hatte die Entwicklung der Energiepreise im Vergleichszeitraum des Vorjahres einen spürbaren Aufwärtsdruck erzeugt, der damit nun fehlte.

Demgegenüber war weiterhin der Anstieg der Dienstleistungspreise aufgrund der Nachfrage überdurchschnittlich stark. Insbesondere in den Produktgruppen Wohnen und Energie sowie Restaurants und Hotels kam es bedingt durch die Dienstleistungskomponenten zu einem spürbaren Inflationsauftrieb. Die einzige relative und absolute Preisdämpferkategorie war im ersten Halbjahr 2019 erneut die Sparte Kommunikation (siehe Grafiken unten).

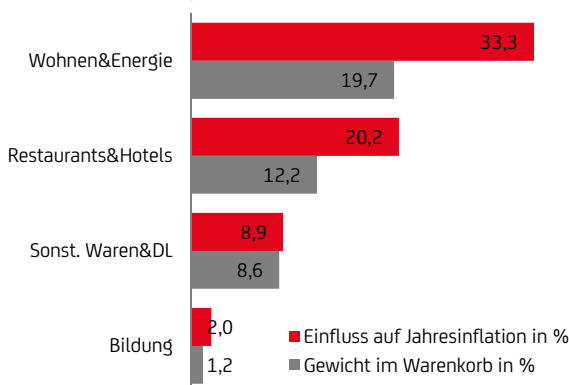
Inflation bleibt niedrig

Der Auftrieb durch den Ölpreis wird in den kommenden Monaten voraussichtlich weiter abnehmen. Gleichzeitig wird als Folge des hohen Beschäftigungswachstums und der gestiegenen Lohndynamik der nach oben gerichtete, nachfrageseitige Druck auf die Preise tendenziell etwas zunehmen. Diese beiden Einflussfaktoren werden sich weitgehend kompensieren, so dass die Inflation in der zweiten Jahreshälfte 2019 unverändert moderat ausfallen wird.

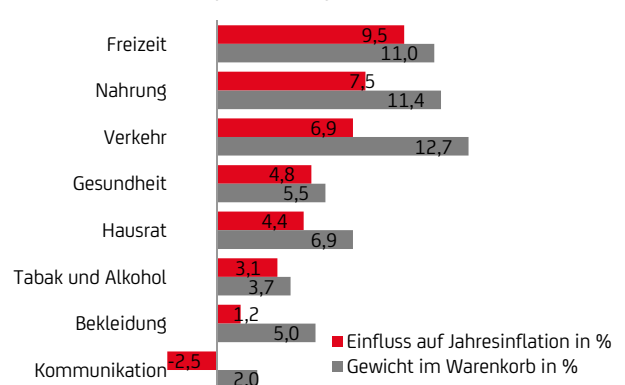
Nach dem Rückgang der Inflation im ersten Halbjahr erwarten wir aufgrund des ruhigeren Energiepreisanstiegs in den kommenden Monaten weiterhin nur eine moderate Teue-

INFLATION IM 1. HALBJAHR 2019 VON WOHNEN UND ENERGIE SOWIE BEWIRTUNGSDIENSTLEISTUNGEN GETRIEBEN

Preistreiber 1. Halbjahr 2019



(Relative) Preisdämpfer 1. Halbjahr 2019



Quelle: Statistik Austria, UniCredit Research

rung. Im Jahresdurchschnitt 2019 wird die Inflation mit 1,7% den Vorjahreswert unterschreiten. Damit wird die Inflation in Österreich bereits das elfte Jahr in Folge höher sein, als in der Eurozone, für die ein Wert von durchschnittlich 1,4% zu erwarten ist. Sie liegt damit aber ebenso unter dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von knapp unter 2%.

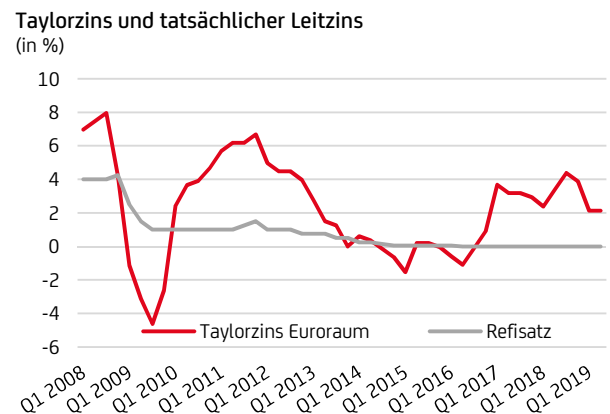
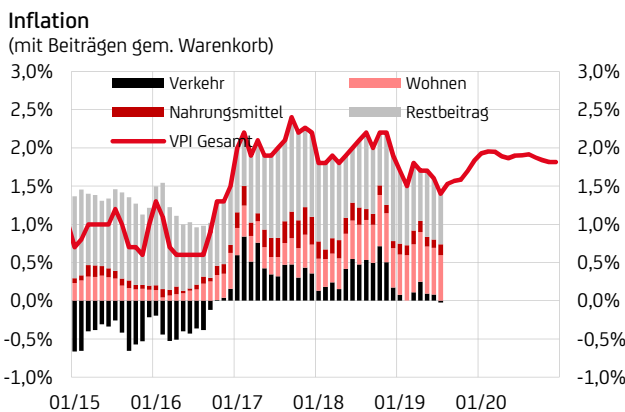
Vor neuer Runde geldpolitischer Lockerung

Die niedrigen Inflationserwartungen und die gestiegenen konjunkturellen Unsicherheiten in den vergangenen Wochen haben den geldpolitischen Ausblick für das zweite Halbjahr 2019 sowie 2020 verändert. Zudem könnte die erwartete Lockerung der Geldpolitik in den USA mit einer Senkung der Fed Funds Target Rate in drei Schritten von jeweils 25 Basispunkten auf 1,75 bis 2,00% zum Jahresende 2019 zu einer ungewollten Stärkung des Euros gegenüber dem US-Dollar beitragen, was die Wahrscheinlichkeit einer Lockerung der Geldpolitik im Euroraum durch die EZB beginnend in der zweiten Jahreshälfte 2019 noch unter dem scheidenden EZB-Präsident Mario Draghi erhöht.

In der Zinspolitik sehen wir für die EZB wenig Handlungsspielraum und gehen deshalb auch weiterhin von keiner Änderung des Reposatzes bis Ende 2020 aus. Allerdings erwarten wir eine Senkung des Einlagenzinssatzes der EZB in den kommenden Monaten um 10 Basispunkte auf minus 0,5%. Zudem gehen wir davon aus, dass die EZB die Konditionen der für September angekündigten längerfristigen zielgerichteten Refinanzierungsgeschäfte (TLTROs) zur Förderung der Ausnutzung verbessern wird. Falls das Wirtschaftswachstum im Euroraum weiter unter Potenzial bleibt, ist darüber hinaus im Rahmen des Wertpapierkaufprogramms mit Beginn 2020 wieder mit der Aufnahme von Nettokäufen zu rechnen. Um den Handlungsspielraum zu erweitern, wäre dazu wohl eine Anhebung des zulässigen Maximalanteils der EZB an den Schulden eines Staates von derzeit 33% nötig.

Senkung des Einlagenzinssatzes als erste Reaktion der EZB auf niedrige Inflationserwartungen und Konjunktursorgen erwartet

NIEDRIGE INFLATIONSERWARTUNGEN, DOCH FEHLENDER SPIELRAUM FÜR ZINSENKUNGEN IM EURORAUM



Quelle: Refinitiv Datastream, Statistik Austria, Eurostat, UniCredit Research

Der optimaler Leitzins für den Euro- raum gemäß der Taylor-Regel liegt über dem aktuellen Zinssatz des EZB-Hauptrefinanzierungsinstru- ments

EZB-Leitzins: Zwischen „Optimum“ und Wirklichkeit

Der Zinssatz für das wichtigste geldpolitische Instrument der Europäischen Zentralbank, dem Hauptrefinanzierungsinstrument, liegt seit März 2016 bei 0%. Trotz des Konjunkturaufschwungs im Euroraum, der zwischen 2015 und 2018 ein Wirtschaftswachstum spürbar über dem Potenzial brachte, hat die EZB angesichts von Inflationswerten zum Teil deutlich unterhalb des EZB-Ziels von (knapp unter) 2% keine Zinsänderung vorgenommen und steht nun in einer Phase zunehmender wirtschaftlicher Herausforderungen und sehr geringer Inflationserwartungen vor einem zinspolitisch engem Handlungskorsett.

Nimmt man die Taylor-Regel als Maßstab, hätte die EZB den Leitzinssatz schon längst erhöhen müssen (siehe Grafik: Taylorzins und tatsächlicher Leitzins). Die von John Taylor aufgestellte Regel ist eine geldpolitische Formel zur Bestimmung eines optimalen Leitzinses für eine Volkswirtschaft unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage und der Preisentwicklung. Je niedriger (höher) die Auslastung einer Volkswirtschaft ist, d.h. je stärker die negative (positive) Abweichung des BIP vom Produktionspotenzial und je kleiner (größer) die tatsächliche Inflation im Vergleich zum Zielwert, umso niedriger (höher) muss der Zinssatz sein. Nach unseren Berechnungen angelehnt an die Originalregel von Taylor mithilfe von OECD-Daten zur Outputlücke, die allerdings mit großer Unsicherheit behaftet sind, betrüge der optimale Leitzins für die Eurozone aktuell knapp über 2%. Die Geldpolitik der EZB ist derzeit somit etwas lockerer als es nach der Taylor-Regel angemessen wäre. Allerdings sieht die EZB auch ausschließlich die Sicherstellung der Preisniveaustabilität als Handlungsziel an.

Weitere Budgetüberschüsse senken öffentliche Verschuldung 2020 auf unter 70% des BIP

- 2018 brachte ersten Budgetüberschuss seit 1973
- Hohe Einnahmendynamik lässt für 2019 einen Anstieg des Haushaltsüberschusses auf 0,5% des BIP erwarten
- Trotz Unsicherheit aufgrund der Neuwahlen erwarten wir auch für 2020 einen leicht positiven Budgetsaldo
- Öffentliche Verschuldung sinkt von 73,8% des BIP 2018 auf fast 70% des BIP Ende 2019
- Im Fokus: Zinsersparnis der öffentlichen Hand von 37 Mrd. Euro in 10 Jahren

Nach einem Defizit von 0,8% des BIP im Jahr 2017 drehte der Budgetsaldo 2018 dank guter Konjunktur und niedriger Zinsen leicht ins Plus

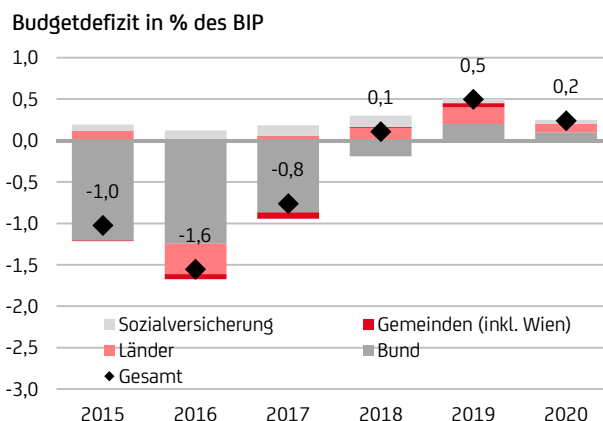
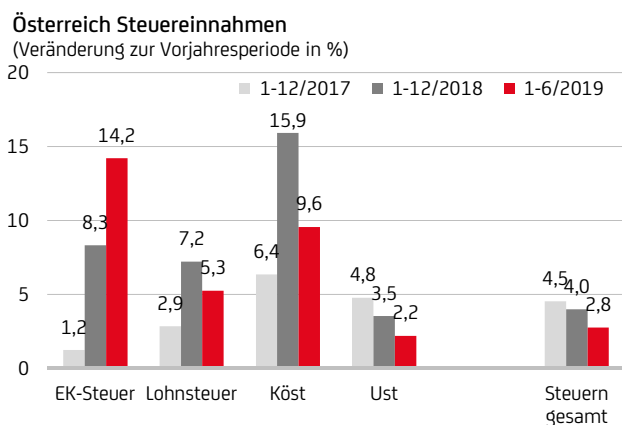
Konjunktur und niedrige Zinsen erleichtern Haushaltspolitik

Eine disziplinierte Ausgabenpolitik unterstützt durch die niedrigen Zinsen, die zu geringeren Refinanzierungskosten für Schuldaufnahmen sorgten, und die gute Einnahmenentwicklung in einem günstigen Konjunkturmilieu haben im Jahr 2018 erstmals seit 1973 einen Überschuss im gesamtstaatlichen Haushalt in Österreich ermöglicht. Der Überschuss betrug 426 Mio. Euro bzw. 0,1% des BIP. Während im Bundshaushalt weiterhin ein Defizit von 723 Mio. Euro ausgewiesen werden musste, erreichten alle anderen Teilsektoren, wie die Länder, die Gemeinden und der Sozialversicherungssektor einen zumindest leichten Gebarungüberschuss. Das strukturelle Budget, also der Staatshaushalt bereinigt um konjunkturelle Schwankungen und Einmaleffekte, weist für 2018 hingegen einen Fehlbetrag von 0,4% des BIP aus, da das tatsächliche Wirtschaftswachstum mit 2,7% spürbar über dem Potenzialwachstum lag, das laut Finanzministerium 1,9% betrug.

Trotz Einführung des Familienbonus Plus mit Jahresbeginn verbesserte sich die Budgetlage im ersten Halbjahr 2019 weiter

Das Budget für 2019 wurde bereits im April 2018 als Doppelbudget gemeinsam mit dem Budget für 2018 beschlossen. Es sah ursprünglich einen ausgeglichenen gesamtstaatlichen Saldo vor. Aufgrund der durch die gute Konjunktur 2018 jedoch bereits deutlich besseren Ausgangslage auf der Einnahmenseite verbesserte das Finanzministerium im Stabilitätsprogramm vom April dieses Jahres die offizielle Prognose auf einen Überschuss von 0,3% des BIP. Gestützt auf die starke Binnenkonjunktur haben sich die Einnahmen im ersten Halbjahr 2019 um durchschnittlich fast 3% im Jahresvergleich erhöht. Damit sind sie zwar langsamer als in den Vorjahren gestiegen, aber rund doppelt so stark wie im Budgetvoranschlag erwartet. Vor allem die Einnahmen aus der Einkommen-, der Lohn- und der Körperschaftsteuer fielen deutlich höher aus als erwartet. Zudem stiegen die Ausgaben vor allem dank des niedrigen Zinsumfelds sowie der erneut verbesserten Arbeitsmarktlage verhaltener. Hinzu kommt, dass mit dem Rückfluss einer Garantiezahlung im Rahmen der Abwicklung der Bad Bank Heta aus Bayern, der Versteigerung

GUTE KONJUNKTUR SORGT IM 1. HALBJAHR 2019 FÜR EIN BUDGETEINNAHMENWACHSTUM VON 3% IM JAHRESVERGLEICH



Quelle: Statistik Austria, Eurostat, UniCredit Research

von Mobilfunklizenzen und höherer Dividendenzahlungen (BIG, ÖBIB und Asfinag) zusätzliche Einnahmen im Ausmaß von 1,5 Mrd. Euro ins Budget fließen. **Wir gehen daher von einem Überschuss von 2 Mrd. Euro bzw. 0,5% des BIP für das Budget 2019 aus.**

Positiver Budgetsaldo auch für 2020 erwartet

Nach ersten Maßnahmen seit Mitte 2018 und der Einführung des Kinderbonus Plus mit Jahresbeginn 2019 hatte die Ende Mai aus dem Amt geschiedene Regierung unter Bundeskanzler Kurz eine Steuerreform mit verschiedenen Einzelmaßnahmen im Ausmaß von insgesamt 8,3 Mrd. Euro bis zum eigentlichen Ende der Legislaturperiode 2022 vorgesehen. Dabei waren für das Jahr 2020 eine Senkung der Krankenversicherungsbeiträge für Geringverdiener, eine Entbürokratisierung bei Kleinunternehmern (u.a. durch eine Pauschalierungsmöglichkeit bei der Einkommensbesteuerung, die Anhebung der Grenze für die Abschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter) sowie einige kleinere Maßnahmen im Umweltbereich, wozu auch die Umgestaltung der Normverbrauchsabgabe zählt, vorgesehen. Die entsprechenden Gesetze konnten vor der Amtsenthebung der Regierung Kurz nicht mehr auf den Weg gebracht werden, dürften aber nach der Sommerpause des Parlaments und damit vor den Neuwahlen mit ÖVP-FPÖ-Mehrheit beschlossen werden. Damit dürften also die für 2020 geplanten Steuerreformmaßnahmen, die insgesamt Mindereinnahmen bzw. Mehrausgaben für das Budget von rund 1,3 Mrd. Euro bedeuten, umgesetzt werden. Zudem wurden im Nationalrat vor der Sommerpause noch weitere Maßnahmen, wie die Valorisierung des Pflegegelds, die Anhebung der Mindestpension, die Einführung eines Papamonats und die durch einen Entscheid des Europäischen Gerichtshof notwendige Änderung der Anrechnung von Vordienstzeiten für Beamte, beschlossen. Diese Änderungen bedeuten für das Budget 2020 zusätzliche Ausgaben von rund 300 Mio. Euro.

Die geplanten Steuerreformmaßnahmen der abgewählten ÖVP-FPÖ-Regierung für 2020 dürften im Herbst noch auf den Weg gebracht werden

„Wahlzuckerln“ des Parlaments vor der Sommerpause belasten Budget 2020 mit maximal 300 Mio. Euro

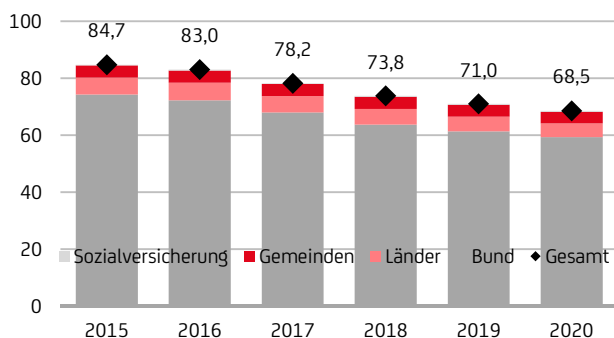
Wir erwarten für 2020 trotz kürzlich beschlossener Mehrausgaben und der nachlassenden Konjunktur einen leichten Budgetüberschuss von 0,2% des BIP

Unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen und der voraussichtlich erneut langsameren Konjunktorentwicklung im kommenden Jahr mit entsprechend geringerer Einnahmodynamik als in den vergangenen Jahren **erwarten wir für den gesamtstaatlichen Haushalt 2020 zwar erneut einen Überschuss. Dieser wird jedoch mit voraussichtlich 0,2% des BIP geringer als im Jahr 2019 ausfallen.**

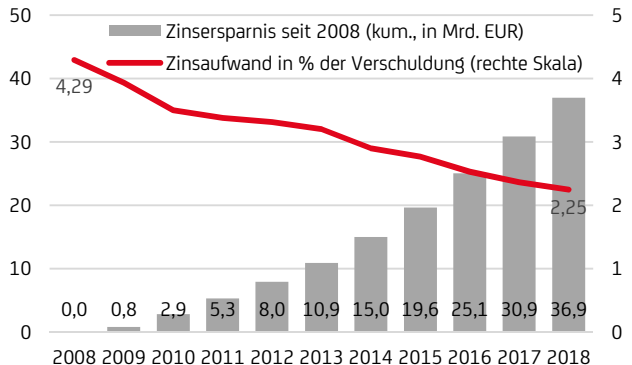
Unterstützt durch die leichten Budgetüberschüsse wird die öffentliche Verschuldung, die bereits 2018 auf 284,8 Mrd. Euro bzw. 73,8% des BIP gesunken, ist auch 2019 und 2020 sinken. Wir gehen für Ende 2020 von einer gesamtstaatlichen Verschuldung von nur noch 68,5% des BIP aus.

NIEDRIGE ZINSEN UNTERSTÜTZEN RÜCKGANG DER ÖFFENTLICHEN VERSCHULDUNG

Öffentliche Verschuldung (in % des BIP)



Zinsaufwand und Zinsersparnis seit 2008 (Gesamtstaat)



Quelle: BMF, Statistik Austria, Eurostat, UniCredit Research

Fast 4.200 Euro pro Österreicher weniger Zinsaufwand im Vergleich zur Zinslast vor Beginn der Finanzkrise

Zinersparnis von 37 Mrd. Euro in zehn Jahren

Der Zinsaufwand des Gesamtstaates für die aushaftende öffentliche Verschuldung hat sich im Jahr 2018 auf 6,4 Mrd. Euro verringert. Bezogen auf den gesamten Schuldenbestand per Ende des Jahres von 284,8 Mrd. Euro ergibt das einen durchschnittlichen Zinsaufwand von 2,25%. 2008 hatte die Verschuldung des Gesamtstaates nur 201,8 Mrd. Euro betragen. Dennoch bestand im Jahr des Beginns der Finanzkrise für diesen geringeren Schuldenstand eine deutlich höhere Zinsbelastung von 8,7 Mrd. Euro. Daraus ergibt sich rechnerisch ein durchschnittlicher Zins auf die österreichische Gesamtverschuldung von 4,29%.

Aufgrund der niedrigeren Zinsen ergibt sich für 2018 eine budgetwirksame Zinersparnis von 6,1 Mrd. Euro im Vergleich zu 2008 bei Berücksichtigung der damaligen Rahmenbedingungen (durchschnittlicher Zinssatz von 4,29% für die Staatsverschuldung). Der Zinsaufwand hätte demnach 2018 bei unveränderten Bedingungen etwa 12,5 Mrd. Euro betragen, wäre also fast doppelt so hoch ausgefallen, wie er tatsächlich war. Damit hätte das gesamtstaatliche Budget nicht einen Überschuss von 0,1% des BIP ausgewiesen, sondern ein Defizit von 5,5 Mrd. Euro bzw. 1,5% des BIP.

In den zehn Jahren seit dem Beginn der Finanzkrise hat sich Österreich kumuliert Zinszahlungen im Umfang von fast 37 Mrd. Euro erspart, nimmt man die Zinsbedingungen aus dem Jahr 2008 als Referenz. Das bedeutet eine Ersparnis pro Kopf von fast 4.200 Euro.

Gute Konjunktur und niedrige Zinsen bestimmen die Entwicklung am Bankenmarkt

- Nach einem Plus um 3,5% 2018 beschleunigte die Kreditdynamik im ersten Halbjahr 2019, gestützt auf sinkende Zinsen im Neugeschäft, auf über 4%
- Impulse vor allem durch das hohe Firmenkreditwachstum und ein anhaltend kräftiges Plus bei Wohnbaufinanzierungen
- Trotz Niedrigzinsumfeld: Weiterhin starkes Einlagenwachstum in erster Jahreshälfte 2019 um rund 5% im Jahresdurchschnitt getrieben von hoher Dynamik sowohl bei Firmenkunden als auch bei Privatanlegern
- Im Fokus: Immobilienpreise stark im Aufwind

Zunahme der Kreditnachfrage im ersten Halbjahr 2019 um über 4% im Jahresdurchschnitt

Rückgang der Zinsen auf 1,7% im Neugeschäft unterstützt anhaltendes Wachstums der Wohnbaudarlehen von mehr als 5% im Jahresvergleich

Weiterhin starkes Einlagenwachstum dank hoher Liquidität der Unternehmen und auch der privaten Haushalte, trotz niedriger Zinsen

Kredite und Einlagen mit anhaltend hoher Dynamik

Die anhaltende Erholung der Konjunktur und die günstigen Finanzierungsbedingungen haben im Jahr 2018 für gute Rahmenbedingungen für das Kreditgeschäft in Österreich gesorgt. Insgesamt nahm das Kreditvolumen im Jahresdurchschnitt 2018 um 3,5% zu. Ende 2018 betrug das Plus sogar 4,6% im Jahresabstand und das Kreditvolumen erreichte insgesamt fast 360 Mrd. Euro bzw. 93,3% des BIP.

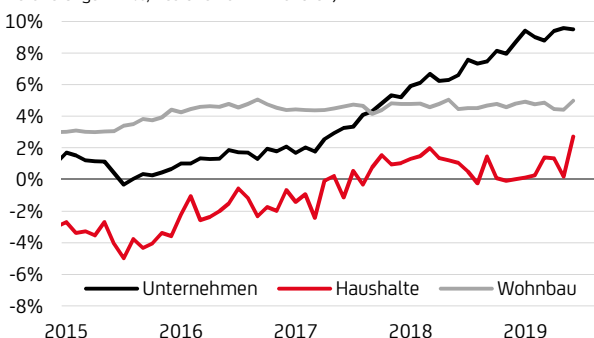
Im ersten Halbjahr 2019 erhöhte sich das durchschnittliche Kreditwachstum auf sogar über 4% im Jahresvergleich. Ende Juni 2019 betrug das gesamte Kreditvolumen daher mittlerweile über 360 Mrd. Euro bzw. mehr als 90% des BIP. Die Entwicklung der Firmenkredite, die um durchschnittlich mehr als 7% zulegten, war erneut der wichtigste Treiber des beschleunigten Kreditwachstums, obwohl die Investitionen zu einem sehr großen Teil in Österreich nicht über Bankkredite, sondern durch Innenfinanzierung und andere Formen finanziert werden. Auch die Kredite an private Haushalte legten in der ersten Jahreshälfte 2019 stärker als im Vorjahr zu. Die Ausleihungen stiegen durchschnittlich um 3,9% im Jahresvergleich (2018: +2,9%). Dabei waren erneut die Wohnbaudarlehen für Haushalte der Impulsgeber, die um mehr als 5% im Jahresvergleich zunahmen, begünstigt durch den erneuten Rückgang der Zinsen im Neugeschäft auf mittlerweile rund 1,7%. Dabei zeigte sich, dass die Präferenz zu Fixzinsdarlehen weiter gestiegen ist. Dagegen entwickelten sich die Konsumkredite weiterhin rückläufig.

Auch die Einlagen konnten mit einem durchschnittlichen Zuwachs um 5% im Jahresvergleich im ersten Halbjahr 2019 erneut deutlich zulegen. Der Anstieg ist stark von der Entwicklung der Tagesgelder, die um über 7% zunahmen, getragen worden. Das Wachstum der Firmeneinlagen betrug dank der hohen Liquidität der Unternehmen knapp über 5%. Auch bei den privaten Haushalten kam es in der ersten Jahreshälfte zu einem weiteren starken Aufbau der Bankeinlagen um über 4%, die damit die mit Abstand bedeutendste Veranlagungskategorie blieben.

TROTZ NACHLASSENDER KONJUNKTUR WEITERHIN KRÄFTIGES KREDIT- UND EINLAGENWACHSTUM IN ÖSTERREICH

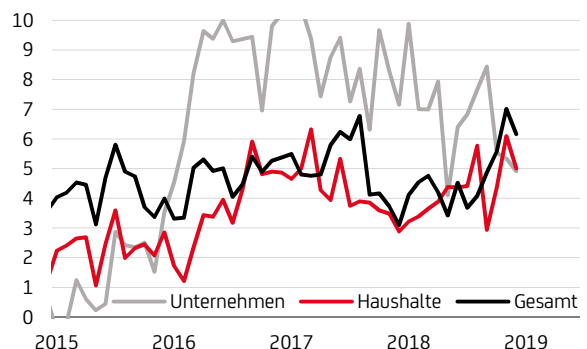
Kreditentwicklung

(12 Monate kumulierte Transaktionen ohne Kreditverkäufe und Verbriefungen in %, Bestand vor 12 Monaten)



Einlagenentwicklung

(Vrdg. zum Vorjahr in %)



Weiterhin niedrige Zinsen, doch etwas schwächere Konjunktur: Wachstum der Kreditnachfrage wird sich im weiteren Jahresverlauf 2019 voraussichtlich verlangsamen

Großteil der Neuveranlagungen weiterhin mit kurzfristigem Charakter

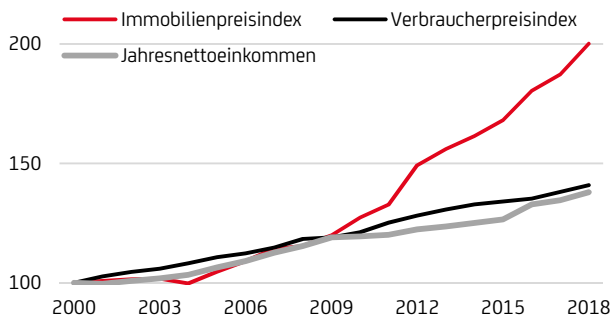
Günstige Finanzierungsbedingungen unterstützen Kreditnachfrage

Die gute Binnenkonjunktur und das niedrige Zinsniveau werden auch weiterhin ein günstiges Geschäftsumfeld für Finanzierungen in Österreich bieten. Allerdings ist unter anderem durch das schwächere Exportgeschäft mit einer Verlangsamung des Kreditwachstums zu rechnen. Dies wird aufgrund der guten Liquiditätsausstattung der Unternehmen infolge der hohen Auslastung und guten Ertragslage in den vergangenen Jahren voraussichtlich stärker auf die Firmenkreditnachfrage zutreffen. Die Nachfrage der Haushalte nach Finanzierungen, insbesondere auch nach Wohnbaukrediten wird dagegen kaum schwächer als im Vorjahr ausfallen. Dazu trägt neben den niedrigen Zinsen der weiterhin hohe Bedarf an Wohnraum bei.

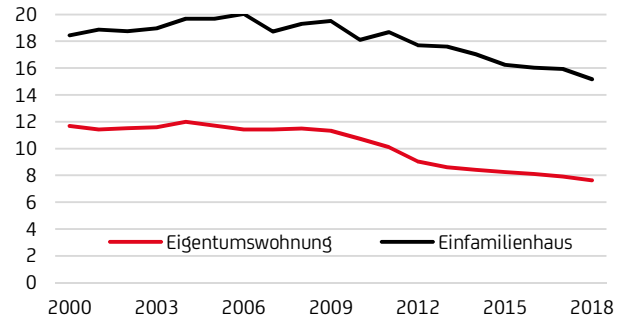
Auf der Veranlagungsseite wird in der zweiten Jahreshälfte 2019 noch stärker als bisher das niedrige Zinsumfeld die Entwicklung bestimmen. Weiterhin wird ein Großteil der Neuveranlagungen wohl kurzfristigen Charakter haben. Der Bestand an Lebensversicherungen und Anleihen dürfte auch 2019 netto schrumpfen, die Fonds erneut die zweitwichtigste Anlageform darstellen. Aufgrund der bereits sehr hohen Bewertungen ist 2019 davon auszugehen, dass die privaten Haushalte ihre direkten Veranlagungen in Aktien nicht wesentlich erhöhen werden.

TROTZ GÜNSTIGER FINANZIERUNGSBEDINGUNGEN NIMMT DIE LEISTBARKEIT VON IMMOBILIEN SEIT ZEHN JAHREN DEUTLICH AB

Entwicklung der Immobilienpreise, des allgemeinen Preisniveaus und der Einkommen (Index, 2000=100)



Quadratmeteranzahl für ein durchschnittliches österreichisches Jahresnettoeinkommen (m²)



Quelle: OeNB, Statistik Austria, UniCredit Research

Immobilienpreise stark im Aufwind

Seit mehreren Jahren ist die Entwicklung der Wohnbaurdarlehen von einer besonders hohen Dynamik gekennzeichnet. Für den Erfolgslauf der Immobilienkredite ist maßgeblich der gestiegene Wohnraumbedarf gestützt auf das höhere Bevölkerungswachstum verantwortlich. Aber auch der durch die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank ermöglichte Zinsvorteil trug dazu bei. Nach Angaben der Österreichischen Nationalbank sank im ersten Halbjahr 2019 der Zinssatz für neue Wohnbaukredite an private Haushalte am österreichischen Bankenmarkt auf durchschnittlich nur noch 1,7%, der tiefste Wert seit 2008 als der Zinssatz noch bei 5,6% lag. Zusätzlich hat die dynamische Preisentwicklung am Immobilienmarkt das Wachstum des Ausleihvolumens beeinflusst.

Seit dem Jahr 2000 haben sich die Preise für Wohnimmobilien in Österreich nach Berechnungen der österreichischen Nationalbank verdoppelt. Das allgemeine Preisniveau gemessen am Verbraucherpreisindex ist im gleichen Zeitraum um 50% gestiegen. Die linke Grafik oben „Entwicklung der Immobilienpreise...“ zeigt, dass die Immobilienpreis-inflation und die allgemeine Inflation allerdings erst seit 2010 auseinanderdriften.

Nach Angaben der Statistik Austria beträgt der durchschnittliche Immobilienpreis in Österreich für Eigentumswohnungen aktuell knapp über 3.000 Euro pro Quadratmeter und für Einfamilienhäuser knapp über 1.500 Euro pro Quadratmeter.

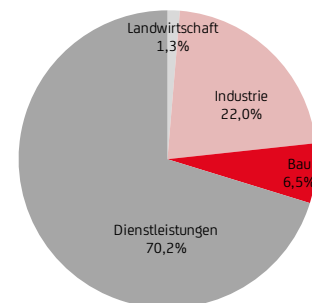
Mit einem österreichischen Jahresdurchschnittsnettoeinkommen von knapp über 23.000 Euro hat ein unselbständig Beschäftigter im Jahr 2018 somit rechnerisch etwa 7,5m² einer Eigentumswohnung bzw. 15m² eines Einfamilienhauses erwerben können. Vor 20 Jahren war ein durchschnittliches österreichisches Jahresnettoeinkommen noch ausreichend für den Kauf von 12m² Eigentumswohnung bzw. 18m² eines Einfamilienhauses. Oder anders ausgedrückt: Für eine Eigentumswohnung von 100m² muss heute ein unselbständig Beschäftigter rund 13 Jahresgehälter einsetzen, für ein Haus mit 100m² fast 7 Jahresgehälter. Vor zehn ebenso wie vor zwanzig Jahren waren durchschnittlich nur knapp 9 Jahresgehälter für eine 100m² Eigentumswohnung bzw. 5 Jahresgehälter für ein Haus mit einer Wohnfläche von 100m² zu bezahlen. Im Durchschnitt hat sich demnach der Wert eines Jahresnettoeinkommens gemessen an den Immobilienpreisen seit 2010 um real fast 40% (53% bezogen auf Eigentumswohnungen und 22% bezogen auf Einfamilienhäuser) verringert¹.

¹ Alle Berechnungen beziehen sich auf durchschnittliche Werte und inkludieren keine Unterschiede nach Zustand, Größe und Lage der Immobilie.

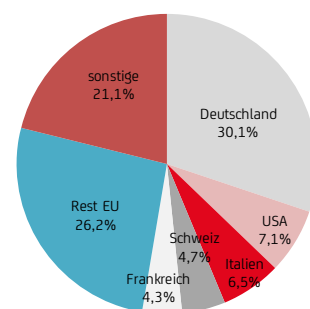
Standort Österreich im Überblick

Strukturindikatoren	2018		
Fläche (in km ²)	83.879		
Einwohner (in Mio.)	8,8		
Präsident	Dr. Alexander van der Bellen		
Bundeskanzler	Dr. Brigitte Bierlein (seit Juni 2019)		
Rating (Moody's/S&P/Fitch)	Aa1/AA+/AA+		
Wirtschaftsleistung			
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. EUR)	386,1		
BIP pro Kopf (in EUR)	43.687		
BIP pro Erwerbstätigen (in EUR)	86.001		
BIP pro Kopf (in % des EU27-Durchschnitts, KKS)	128,0		
Bruttoinlandsprodukt (reale Vrdg. zum Vorjahr in %)	2,7	1,8 (Ø 2014-2018)	
Arbeitskräftepotenzial (in 1000)	4.054		
Unselbständig Beschäftigte (in 1000)	3.741	3.604 (Ø 2014-2018)	
Beschäftigtenquote (in %)	42,3		
Anzahl an Arbeitssuchenden (in 1000)	312	337 (Ø 2014-2018)	
Vakanzquote (in %)	1,7		
Monatseinkommen pro Arbeitnehmer (brutto, in EUR)	3.591		
Internationale Wettbewerbsfähigkeit			
	Ranking	Tendenz	
IMD-World Competitiveness Index	19	↓	
IMD Wirtschaftliche Entwicklung	20	↓	
IMD Effizienz der Regierung	28	↔	
IMD Wirtschaftliche Effizienz der Unternehmen	17	↓	
IMD Infrastrukturqualität	11	↔	
WEF Global Competitiveness Index	22	↓	
WEF Inclusive Development Index	10	↔	
Transparency International Korruptionswahrnehmungsindex	14	↔	
Europäisches Innovationsscoreboard	9	↔	
Wirtschaftsleistung			
Forschungsquote (F&E-Ausgaben in % des BIP)	3,2		
Investitionsquote (Investitionen in % des BIP)	23,9		
Abgabenquote (Steuern und Abgaben in % des BIP)	42,8		
Warenexporte (in Mrd. EUR)	150,1	3,7	(Ø 2014-2018)
Exportquote (in % des BIP)	38,9	38,1	(Ø 2014-2018)
Warenimporte (in Mrd. EUR)	156,1	3,5	(Ø 2014-2018)
Importquote (in % des BIP)	40,4	39,2	(Ø 2014-2018)
Ausländische Direktinvestitionen (aktiv, in Mrd. EUR)	3,7	5,0	(Ø 2014-2018)
Ausländische Direktinvestitionen (aktiv, in % des BIP)	0,9		
Ausländische Direktinvestitionen (passiv, in Mrd. EUR)	10,7	5,2	(Ø 2014-2018)
Ausländische Direktinvestitionen (passiv, in % des BIP)	2,8		

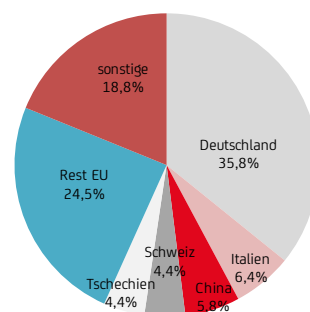
BIP nach Sektoren 2018



Wichtigste Exportmärkte 2018



Wichtigste Importmärkte 2018



Regionale Wirtschaft 2018	Fläche (in km ²)	BIP (reale Vrdg. zum VJ in %)		BIP/Kopf (in EUR)	BIP (in % von Österreich)	Arbeitslosen- quote in %
			(Ø 2014- 2018)			
Burgenland	3.962	2,5	1,60	30.803	2,4	7,7
Kärnten	9.538	3,2	1,82	37.613	5,5	9,2
Niederösterreich	19.186	3,0	1,40	35.624	15,5	7,8
Oberösterreich	11.980	3,3	1,70	45.015	17,2	5,0
Salzburg	7.156	2,9	1,94	51.911	7,5	6,3
Steiermark	16.401	3,1	1,38	39.608	12,8	5,0
Tirol	12.640	2,9	2,02	46.666	9,1	4,9
Vorarlberg	2.601	2,9	2,30	46.700	4,7	5,4
Wien	415	1,9	1,28	51.141	25,2	12,3

Quelle: Statistik Austria, OeNB, IMD, TI, WEF, EU Kommission, UniCredit Research

Zum Weiterlesen:

UniCredit Bank Austria Homepage: Alle Prognosen und Analysen der Abteilung Economics & Market Analysis Austria auf <http://wirtschaft-online.bankaustria.at>

Bank Austria Economic News: Die neuesten Veröffentlichungen der Abteilung Economics & Market Analysis Austria direkt in Ihrem Posteingang. Registrieren Sie sich bitte unter <https://nl-reg.bankaustria.at/nl/registration?m=eco-de>

Sollten Sie Fragen haben schicken Sie uns ein E-Mail unter econresearch.austria@unicreditgroup.at.

Ohne unser Obligo:

Diese Publikation ist weder eine Marketingmitteilung noch eine Finanzanalyse. Es handelt sich lediglich um Informationen über allgemeine Wirtschaftsdaten. Trotz sorgfältiger Recherche und der Verwendung verlässlicher Quellen kann keine Verantwortung für Vollständigkeit, Richtigkeit, Aktualität und Genauigkeit übernommen werden.

Unsere Analysen basieren auf öffentlichen Informationen, die wir als zuverlässig erachten, für die wir aber keine Gewähr übernehmen, genauso wie wir für Vollständigkeit und Genauigkeit nicht garantieren können. Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Die in der vorliegenden Publikation zur Verfügung gestellten Informationen sind nicht als Empfehlung zum Kauf oder Verkauf von Finanzinstrumenten oder als Aufforderung, ein solches Angebot zu stellen, zu verstehen. Diese Publikation dient lediglich der Information und ersetzt keinesfalls eine individuelle, auf die persönlichen Verhältnisse der Anlegerin bzw. des Anlegers (z. B. Risikobereitschaft, Kenntnisse und Erfahrungen, Anlageziele und finanziellen Verhältnisse) abgestimmte Beratung. Die vorstehenden Inhalte enthalten kurzfristige Markteinschätzungen. Wertentwicklungen in der Vergangenheit lassen keine Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung zu.

Impressum:

Angaben und Offenlegung nach §§ 24 und 25 Mediengesetz:

Herausgeber und Medieninhaber:

UniCredit Bank Austria AG
1020 Wien, Rothschildplatz 2
Unternehmensgegenstand: Kreditinstitut gem. § 1 Abs.1 Bankwesengesetz

Vertretungsbefugten Organe (Vorstand) des Medieninhabers:

Robert Zadrazil, Dieter Hengl, Gregor Hofstätter-Pobst, Jürgen Kullnigg, Mauro Maschio, Doris Tomanek, Susanne Wendler.

Aufsichtsrat des Medieninhabers:

Gianni Franco Papa, Ranieri De Marchis, Livia Aliberti Amidani, Christine Buchinger, Adolf Lehner, Mario Pramendorfer, Eveline Steinberger-Kern, Ernst Theimer, Andrea Umberto Varese, Carlo Vivaldi, Karin Wisak-Gradinger.

Beteiligungsverhältnisse am Medieninhabergemäß § 25 Mediengesetz:

UniCredit S.p.A. hält einen Anteil von 99,996% der Aktien am Medieninhaber (unter folgendem Link <https://www.unicreditgroup.eu/en/governance/shareholder-structure.html> sind die wesentlichen, an der UniCredit S.p.A. bekannten Beteiligungsverhältnisse ersichtlich.)
Der Betriebsratsfonds der Angestellten der UniCredit Bank Austria AG, Region Wien, sowie die Privatstiftung zur Verwaltung von Anteilsrechten (Stifter: Anteilsverwaltung-Zentralsparkasse; Begünstigter: WWTF – Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds) sind mit einem Anteil von zusammen 0,004% am Medieninhaber beteiligt.